



Menschenrechtsarbeit in einer vergifteten Situation

Interview mit Olga Karach, belarusische Friedensaktivistin und Menschenrechtsverteidigerin

Olga Karach gründete in Belarus die Menschenrechtsorganisation Nash Dom (Unser Haus). Nachdem sie in Belarus durch das Regime verfolgt wurde, verließ sie das Land 2014 und führte die Organisation von Litauen aus weiter.

Du hast nach langem Hin- und Her eine weitere Aufenthaltsgenehmigung für Litauen bekommen. Wo waren die Schwierigkeiten?

Es war eine sehr seltsame Situation. Ich habe meine neue Aufenthaltsgenehmigung am 8. Mai beantragt und das Migrationsamt musste mir bis zum 8. August eine Antwort geben, weil sie innerhalb von vier Monaten entscheiden müssen. Aber vor diesem Datum schickten sie mir die Nachricht, dass sie einige Informationen von einer staatlichen Institution nicht erhalten haben, und sie stoppten das ganze Verfahren. Seit dem 24. August war ich dann illegal in Litauen. Es war sehr stressig, weil sie wissen, wo ich bin, und sie können kommen und nachsehen. Das haben sie auch getan. Am 16. August kamen sie früh am Morgen mit einer Videokamera in meine Wohnung, ohne eine Erklärung abzugeben, und stellten Fragen, obwohl ich mich zu diesem Zeitpunkt noch legal im Land aufhielt. Die Leute waren auch nicht vom Migrationsamt, sondern von der Grenzschutzbehörde, die für Abschiebungen zuständig ist. Ich wusste das nicht, weil sie mir sagten, sie seien vom Migrationsamt, aber mein Anwalt überprüfte das. Vor diesem Besuch hatte ich einige seltsame Anrufe von der Migrati-

onsbehörde. Sie fragten, ob ich in Litauen sei oder nicht, und ich sollte es beweisen. Dann bekam ich eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr. Sie können eine Erlaubnis für drei Jahre erteilen, aber ich habe nur ein Jahr bekommen, also muss ich nach acht Monaten einen neuen Antrag stellen. Sie versuchen, ein toxisches Umfeld zu schaffen, in dem ich mich permanent unter Druck fühle. Das andere Problem ist, dass mein Mann mehrere Monate lang illegal im Land war. Er hat nur eine Aufenthaltserlaubnis für fünf Monate erhalten. Seine Genehmigung läuft am 1. Januar 2025 aus. Danach kann er seine Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr verlängern, weil sein Reisepass abgelaufen ist. Dies ist ein ungelöstes Problem, denn er kann nicht nach Belarus zurückkehren. Er würde sofort verhaftet werden. Nach europäischem Recht könnte die Situation sehr leicht gelöst werden, wenn er politisches Asyl bekäme.

Unsere Familie ist kein Einzelfall. Es ist unglaublich, wie die litauische Migrationsbehörde und das Ministerium für nationale Sicherheit so viele Dinge tun, die gegen europäisches Recht verstoßen. Zum Beispiel in Bezug auf die Manipulation mit der Bedrohung der nationalen Sicherheit in Litauen. Wir wissen nicht, wie viele Bela-

rus:innen als Gefahr für die nationale Sicherheit eingestuft werden, zuletzt waren es etwa 2.500 von den insgesamt ca. 62.000 Belarus:innen, die in Litauen leben. Sie werden einfach abgestempelt, weil sie zum Beispiel vor langer Zeit in einer Bank gearbeitet haben oder bei der Feuerwehr tätig waren. Diese Einstufung bedeutet, dass es sehr schwer ist, in anderen Ländern politisches Asyl zu bekommen oder einen legalen Status zu erhalten. Vor allem politische Aktivist:innen sind sehr deprimiert und enttäuscht. Sie alle haben an den Protesten in Belarus im Jahr 2020 teilgenommen, weil sie an die europäischen Werte glaubten. Sie bekommen das Gefühl, dass ihr Kampf für die Menschenrechte keinen Sinn hat. Mit dieser Art von Verhalten hat Litauen die Aktivitäten der Belarus:innen zunichte gemacht. Selbst Veranika Tsepkala, das zweite Gesicht der belarusischen Revolution, wurde bei ihrer Ankunft in Litauen mit ihren Kindern in der Nähe ihres Hotels von litauischen Kräften entführt und ohne jegliche Erklärung nach Lettland deportiert. Der Fall von Veranika war der erste Fall, und als ich davon hörte, glaubte ich nicht, dass so etwas möglich ist, aber jetzt weiß ich, dass in Litauen alles möglich ist.

Wir versuchen, uns um solche Fälle zu kümmern. Es ist aber für die Menschen schwierig öffentlich zu sprechen. Wenn sie über ihre eigenen Fälle in Litauen sprechen, geraten ihre Verwandten in Belarus ins Visier des KGB. Um die Situation in Belarus aber zu ändern, brauchen wir eine starke Zivilgesellschaft im Exil. Aber nach dem Stress in Litauen haben die Menschen jetzt keine Kraft und Energie, weiterzumachen.

Igor Lednik, ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, mein Kollege und Menschenrechtsverteidiger, starb in einem belarusischen Gefängnis an Folter, vier Tage nach dem Tod von Alexei Nawalny in einem russischen Gefängnis unter ähnlichen Umständen. Igor widmete sein Leben der Rechenschaftspflicht des belarusischen Regimes, sammelte Beweise für Folter und Misshandlung und half Opfern politischer Repression. Er hätte fliehen können; ich habe ihn persönlich mehrfach gedrängt, nach Litauen zu fliehen. Igor sagte: „Olga, wenn ich verhaftet werde, Sorge dafür, dass meine Verhaftung der Welt die erschreckende Menschenrechtslage in Belarus zeigt.“ Igor starb am 20. Februar 2024 in einem belarusischen Gefängnis.

Du hattest einen Gerichtsprozess in Abwesenheit in Belarus. Wie ist der ausgegangen?

Ich wurde am 9. Juli dieses Jahres zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt, gemeinsam mit Veranika Tsepkala,

Yauhen Vilski, Anatoli Kotau und Vadzim Dzmitrenak, offiziell wegen „Verschwörung zur Machtergreifung mit verfassungswidrigen Mitteln“, „Förderung extremistischer Aktivitäten“ und „Diskreditierung der Republik Belarus“. Allerdings bin ich seit dem 15. März 2020 in Vilnius. Das hing mit Covid 19 zusammen, weil die EU die Grenzen schloss. Als Mensch mit 50% Behinderung brauche ich intensive medizinische Behandlung. Ich musste mich entscheiden, ob ich meine Arbeit in Belarus ohne medizinische Behandlung fortsetzen oder alles, was ich kann, in Vilnius organisieren sollte. Also beschlossen wir innerhalb der Organisation, uns aufzuteilen, einige blieben in Belarus und ich bin in Vilnius. In Wirklichkeit habe ich also nicht an der belarusischen Revolution 2020 teilgenommen. Natürlich habe ich auf vielfache Weise geholfen, aber ich habe nicht aktiv teilgenommen. Mein nächster Prozess wird wegen Terrorismus sein. Mir wird vorgeworfen, dass ich im Auftrag von Angela Merkel, der ehemaligen deutschen Bundeskanzlerin, einen russischen Fernmeldeturm in Belarus gesprengt habe. Ich habe Angela Merkel nie im Leben getroffen, aber Lukaschenka hat öffentlich darüber gesprochen. Tatsächlich ist kein russischer Militärturm in Belarus explodiert. Für Terrorismus bekommt man in Belarus 25 Jahre Gefängnis oder die Todesstrafe.

Meine Kollegin, eine Mutter von zwei Kindern und Menschenrechtsverteidigerin bei „Unser Haus“, **Kristina Shatikova**, wurde mitten auf der Straße in Minsk von KGB-Agenten entführt. Drei Tage lang suchten wir nach Kristina, während ihre kleinen Kinder nach ihrer Mutter riefen. Schließlich fanden wir sie; der KGB hatte Kristina gewaltsam in eine psychiatrische Klinik in Mogiljow gebracht und ihr psychotrope Medikamente verabreicht. Kristinas leuchtend rotes Haar rettete sie; ein Passant erkannte sie und notierte die Nummer des Autos, als sie von den KGB-Agenten weggezogen wurde.

Was erwartest du von der Europäischen Union?

Ich erwarte mehrere Dinge. Zunächst einmal muss die Europäische Union ihre Versprechen einlösen. Als wir die belarusische Revolution begannen, gab es viele Versprechen auf Hilfe von Seiten der EU. Wir haben keine Hilfe erhalten.

Zweitens brauchen wir einen klaren Aktionsplan, wie wir Demokratie in Belarus erreichen können. Denn jetzt gibt es eine Art Monopol einer politischen Struktur, die nichts tut. Sie kämpft für den Status quo. Ich meine Swjatlana Zichanouskaja und ihr Team. Sie bieten keine Strategien an und verwenden sogar ausländisches Geld, um

Bei den Wahlen 2010 wurden meine Kolleginnen und Menschenrechtsverteidigerinnen von „Unserem Haus“, **Maria Voinova** und **Kristina Shatikova**, verhaftet und in einem Polizeirevier schwer geschlagen. Ich kam ins Polizeirevier und konnte nach vielen Überredungen einen Beamten überzeugen, ihnen einen Schokoriegel zu übergeben. Als ich gefragt wurde, „Wie soll ich sagen, von wem es ist?“ antwortete ich leise, „Sag, es ist von einer Schwester.“

Vier Monate später wurde ich ebenfalls verhaftet. Das belarusische Regime beschuldigte mich des Terrorismus, da Terrorismus in Belarus die Todesstrafe nach sich zieht, und es war eine einfache Möglichkeit, „Unser Haus“ loszuwerden. Neben mir wurden 18 Aktivisten von „Unser Haus“ festgenommen. Ich wurde im Polizeirevier schwer geschlagen und im Detail darüber informiert, wie ich vergewaltigt werden würde.

Ich war erschüttert, schockiert und verängstigt. Ich saß in der Zelle, unfähig, mich von den Schmerzen und der Demütigung zu erholen. Doch plötzlich öffneten sich die Zellentüren, und ein Beamter überreichte mir schweigend ein Paket. „Was ist das?“ fragte ich misstrauisch. „Es ist von einer Schwester,“ antwortete der Beamte.

Ich nahm die Schokolade und mein Herz wärmte sich. Ich traf meine „Schwester“ erst am nächsten Tag. Natürlich hatte ich sie vorher nie gekannt. Aber ich erinnere mich noch immer an die Kraft und Stärke, die mir meine „Schwester“ durch diesen Schokoriegel geschenkt hat.

andere, unabhängige Organisationen anzugreifen. Für mich ist es sehr wichtig, dass wir einen klaren Aktionsplan für Veränderungen entwickeln. Das ist der einzige Weg, um die sehr depressive belarusische Zivilgesellschaft zu mobilisieren. Zuerst brauchen wir nukleare Abrüstung, denn Belarus hat jetzt seit einem Jahr Atomwaffen [Es handelt sich dabei um in Belarus stationierte russische Atomwaffen, Anm. d. Red.]. Zweitens die sehr wichtige Frage der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Das ist eine strategische Frage, damit die belarusische Armee nicht in die Ukraine geht und dort kämpft. Die EU ist nicht gewillt, uns beim Aufbau einer Infrastruktur zu helfen, um belarusischen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren zu helfen.

Die belarusische Zivilgesellschaft hat mehrere Stimmen. Ich verstehe, dass es manchmal kompliziert ist, aber wenn nur eine Stimme das Monopol hat, ist das ein großes Problem. Ein weiteres Beispiel dafür, dass die Zivilgesellschaft ausgeschlossen wird: Swjatlana Zichanouskaja und ihr Team setzen sich für Wirtschaftssanktionen gegen Belarus ein. Unter die Sanktionen fallen auch elektronische Insulinpumpen für Kinder, die an Diabetes leiden. Die belarusische Propaganda ist darüber sehr erfreut und jede:r Diabetespatient:in in Belarus weiß, dass diese Sanktion wegen der Arbeit von Swjatlana Zichanouskaja geschieht. Wie ist es möglich, dass keiner der Leiter:innen der belarusischen Gefängnisse, die für Tötungen und Folter verantwortlich sind, auf der Liste der Sanktionen steht, aber Pumpen für kranke Kinder? In der belarusischen Zivilgesellschaft gibt es eine Menge vergifteter Situationen. Wir brauchen Raum und Unterstützung, um uns auf unsere eigene Weise zu entwickeln.

Wenn Menschen in Belarus politisch aktiv sind, werden sie inhaftiert. In der Regel trifft das die Männer, die in unserer traditionellen Gesellschaft die Hauptquelle des

Geldes sind. Die Familie verliert den Hauptverdiener und die Ehefrauen oder Mütter der politischen Gefangenen müssen arbeiten, um die Familie zu erhalten, aber sie müssen auch zusätzliches Geld für Pakete für die Gefangenen haben. Wenn man das Leben der Gefangenen ein bisschen besser machen will, muss man Kleidung, Schuhe, Hygieneartikel, Lebensmittel und Zigaretten schicken. Das Essen in den Gefängnissen ist sehr schlecht, die Menschen haben Mangelerscheinungen, und Zigaretten sind die Währung in den Gefängnissen. Ein Paket kostet zwischen 300 und 600 Euro, allerdings sind viele politische Gefangene ohne jede Hilfe. Die Gefangenen müssen arbeiten, aber sie erhalten manchmal nur einen Euro pro Monat. Im Gefängnisladen kostet eine Schachtel Zigaretten 2,50 Euro. Also bringen Menschen, die sich politisch gegen das Regime engagieren, ihre Familien in große Schwierigkeiten. Deshalb fühlen sich die Leute nicht motiviert, weiterzumachen, weil es eine Art Selbstmord ist.

Das Interview führte Irmgard Ehrenberger. Die Auszüge in den Kästen sind einer Rede von Olga Karach entnommen, die sie am 13. September 2024 in der St. Marienkirche in Berlin hielt. Am 13. September 1964 predigte Martin Luther King in eben dieser Kirche. Die Rede kann nachgelesen werden unter: <https://news.house/de/63045>

